

Autor: Alisha Mendgen [tmt79xjwewun911dig0a36i]
Seite: 7
Ressort: Norddeutschland
Ausgabe: Hauptausgabe

Mediengattung: Tageszeitung
Auflage: 24.233 (gedruckt) ¹ 26.635 (verkauft) ¹
27.030 (verbreitet) ¹
Reichweite: 0,080 (in Mio.) ²

¹ IVW 3/2022

² AGMA ma 2022 Tageszeitungen

49-Euro-Ticket: Bund gibt 1,5 Milliarden

Bundesregierung hat einen neuen Gesetzentwurf vorgelegt, der bis 2025 gilt - Dann folgt ein neues Gesetz.

Die Bundesregierung will für das 49-Euro-Ticket von 2023 bis 2025 jährlich 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stellen und 2025 ein erneutes Gesetz zur Sicherung der Finanzierung auf den Weg bringen. Das geht aus einem Gesetzentwurf hervor, der dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorliegt. Nach erfolgter Auswertung der verkehrlichen und finanziellen Auswirkungen des Deutschlandtickets 2024 sei im Jahr 2025 ein erneutes Gesetzgebungsverfahren erforderlich, heißt es darin. Auf der Grundlage solle die weitere Finanzierung des bundesweit gültigen Nahverkehrstickets dauerhaft gesichert werden, heißt es weiter. Die Bundesregierung stelle den Ländern für ein bundesweit gültiges Nahverkehrsticket 1,5 Milliarden Euro jeweils für die Jahre 2023 bis 2025 zusätzlich zur Verfügung, so der Entwurf.

Mit dem Deutschlandticket sollen Fahrgäste bundesweit den Regionalverkehr für 49 Euro im Monat nutzen können.

Bund und Länder werden zusammen drei Milliarden Euro für das Ticket zur Verfügung stellen. Im Gesetzentwurf ist als Startzeitpunkt der 1. Mai angedacht. „Eine Nachschusspflicht des Bundes besteht nur für das Jahr 2023“, unterstreicht die Bundesregierung im Entwurf weiter für den Fall, dass die drei Milliarden nicht ausreichen werden. Das sorgt für Kritik bei den Busunternehmen. „Wenn das Ticket auf Dauer angelegt sein soll, brauchen wir eine langfristige Finanzierungssicherheit und somit eine dauerhafte Nachschusspflicht von Bund und Ländern. Verkehre - also Buslinien - werden in Deutschland für acht bis zehn Jahre bestellt, nicht nur für wenige Jahre“, sagte Christiane Leonard, Hauptgeschäftsführerin des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmer (BDO), dem RND. „Das muss sich auch in der Finanzierungssicherheit widerspiegeln.“ Zudem fehlt noch die Zustimmung der EU zu den Ticketplänen, die eine beihilferechtliche Prüfung vornehmen muss.

„Bevor die EU im Rahmen der beihilferechtlichen Prüfung dem 49-Euro-Ticket nicht zustimmt, können die Verkehrsunternehmen es auch nicht umsetzen“, warnte BDO-Chefin Leonard. „Wenn die EU ablehnt, sind die Unternehmen nämlich rückzahlungspflichtig. Im schlimmsten Fall müssen sie also drei Milliarden Euro zurückzahlen.“

Der Präsident des Deutschen Landkreistags, Ostholsteins Landrat Reinhard Sager, hatte das 49-Euro-Monatsticket für den Regionalverkehr und den geplanten Start zum 1. Mai kritisiert. „Es wird erst einmal in ganz Deutschland an allen Ecken und Enden holpern“, hatte der CDU-Politiker gesagt. „An jeder Ecke wird nachgebessert werden müssen.“

Zitat-Text:

Wenn das Ticket auf Dauer angelegt sein soll, brauchen wir eine langfristige Finanzierungssicherheit.

Christiane Leonard, Verband BDO

Abbildung: Das 49-Euro-Ticket wird die Fahrt nach Hamburg für Pendler deutlich günstiger machen.
Fotograf: Foto: Daniel Bockwoldt/DPA
Wörter: 377
Ort: Berlin